



Christian Becker

Die Organisation
von Personengesellschaften
nach Familienstämmen



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Inhaltsverzeichnis	9
Erstes Kapitel: Einführung in die Thematik	21
A. Konkretisierung der Aufgabenstellung	21
I. Das System der Familienstämme	21
II. Der Untersuchungsgegenstand und methodische Überlegungen zur Untersuchung	23
1. Der Mustergesellschaftsvertrag	23
2. Das Prüfungsschema	24
3. Die untersuchten Gesellschaftsformen und Abgrenzung zur Familiengesellschaft	25
B. Die Familiengesellschaft	26
I. Begriffsbestimmung	27
II. Die Familiengesellschaft als besondere Unternehmensform	29
1. Grundsätzliches	29
a) Die Unterscheidung der Familiengesellschaft von anderen Gesellschaftsformen	29
b) Die Familiengesellschaft als Zusammenspiel von Gegensätzen	30
2. Die Stärken der Familiengesellschaft	32
a) Die Unternehmensführung	32
b) Die Personalpolitik	34

3. Die Schwächen der Familiengesellschaft	35
a) Kapital und Liquidität	35
b) Die Familie als Unternehmenskultur	37
III. Zusammenfassung	39
Zweites Kapitel: Die nach Familienstämmen organisierte Personengesellschaft	41
A. Erscheinungsformen innerhalb des Untersuchungsgegenstandes	41
B. Darstellung der den Untersuchungsgegenstand bildenden Vertragsmuster	42
I. Vertragsmuster, in welchen die Bildung von Familienstämmen vorausgesetzt wird	42
II. Das Entstehen von Familienstämmen durch die Aufnahme von Angehörigen in die Gesellschaft	43
1. Die Motivation der vertragsschließenden Gesellschafter bei der Aufnahme von Angehörigen in die Gesellschaft	45
a) Die Vertragsmuster im <i>Münchener Vertragshandbuch</i>	45
b) Das Vertragsmuster im <i>Formular-Kommentar</i>	50
2. Die rechtliche Ausgestaltung der Aufnahme von Familienangehörigen	52
a) Die geschenkte Beteiligung	52
b) Die Aufnahme von minderjährigen Abkömmlingen	55
III. Das Entstehen von Familienstämmen durch Erbenfortführung	57
1. Die Erbenfortführung im Mustergesellschaftsvertrag	57
2. Die Erbengemeinschaft nach einem Einzelkaufmann	59
Drittes Kapitel: Die Unternehmensführung	63
A. Das Prüfungsschema	63

B.	Die Geschäftsführung und Vertretung bei der OHG und der KG	64
I.	Geschäftsführung und Vertretung	64
II.	Die Rechtsnatur der Geschäftsführung	65
III.	Die Rechtsnatur der Vertretung	66
IV.	Die gesetzlichen Regelungen der Geschäftsführung und der Vertretung	67
C.	Die Geschäftsführung und Vertretung in den Vertragsmustern	68
I.	Die Geschäftsführung und Vertretung in der „Grundgestaltung“	68
1.	Die Einzelgeschäftsführungsbefugnis	69
a)	Allzuständigkeit der geschäftsführenden Gesellschafter und Widerspruchsrecht	69
b)	Bedenken gegen die Verwendung der Einzelgeschäftsführungsbefugnis in den Vertragsmustern	71
c)	Die Ausnahmen	74
2.	Die Einzelvertretungsbefugnis	78
II.	Alternativen zur Regelung der Geschäftsführung und Vertretung in der „Grundgestaltung“	79
1.	Die dispositive Ausgestaltung der gesetzlichen Regelungen zur Geschäftsführung	79
2.	Die Gesamtgeschäftsführungsbefugnis	80
a)	Das Zustimmungserfordernis bei Geschäftsführungsmaßnahmen	80
b)	Die Gesamtgeschäftsführungsbefugnis bei der Personengesellschaft mit Familienstämmen	82
ba)	Funktionale Gleichheit zwischen Einzel- und Gesamtgeschäftsführungsbefugnis	82

bb)	Unterschiede zwischen Einzel- und Gesamtgeschäftsführungsbefugnis bei der Personengesellschaft mit Familienstämmen	84
bba)	Die „Doppelstellung“ der geschäftsführenden Gesellschafter	84
bbb)	Folgerungen aus der „Doppelstellung“ der geschäftsführenden Gesellschafter für die Ausgestaltung der Geschäftsführungsbefugnis	86
c)	Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gesamtgeschäftsführungsbefugnis	87
ca)	Die kombinierte Geschäftsführungsbefugnis	88
cb)	Der Mehrheitsentscheid der geschäftsführenden Gesellschafter	89
cc)	Die Aufteilung der Geschäftsführungsbefugnis	94
cca)	Durchbrechung des Grundsatzes gemeinsamen Handelns	94
ccb)	Die Aufteilung der Geschäftsführungsbefugnis im System der Familienstämme	96
3.	Die Gesamtvertretungsbefugnis	98
a)	Die Gesamtvertretung durch mehrere Gesellschafter	99
b)	Die Ermächtigung einzelner Gesamtvertreter	102
ba)	Die Einzelermächtigung im System der Familienstämme	102
bb)	Die Gestaltung der Einzelermächtigung im Gesellschaftsvertrag	103
D.	Die Einbindung Dritter in die Unternehmensführung	106
I.	Vorbehalte und Nutzen einer „familienfremden Ausgestaltung“ der Unternehmensführung	106

II. Der Fremdgeschäftsführer	107
1. Der Dritte als Nichtgesellschafter	108
a) Ausschluss der Gesellschafter von der Geschäftsführung	108
b) Die Kontrollbefugnisse der Gesellschafter	108
ba) Die „Holiday-Inn“ – Entscheidung des <i>Bundesgerichtshofs</i>	108
bb) Folgerungen für die Personengesellschaft mit Familienstämmen	111
2. Der Dritte als Gesellschafter	112
a) Ausschluss des Dritten von der Geschäftsführung	112
b) Die Einflussnahme der Stammesgesellschafter auf den Dritten als persönlich haftenden Gesellschafter	114
c) Die Stellung des Dritten als persönlich haftender Gesellschafter	116
III. Die Bestellung der Geschäftsführer durch die Familienstämme	118
Viertes Kapitel: Die Willensbildung in der Gesellschaft	121
A. Das Prüfungsschema	121
B. Mehrheitsbeschlüsse und Minderheitenschutz	123
I. Das Einstimmigkeitsprinzip als gesetzlicher Grundsatz	123
1. Das Einstimmigkeitsprinzip bei der Personengesellschaft als Arbeits- und Haftungsgemeinschaft	123
2. Einstimmigkeitsprinzip und Zustimmungspflicht	124
II. Das Mehrheitsprinzip	125
1. Notwendigkeit einer Abweichung vom Einstimmigkeitsprinzip bei der Personengesellschaft mit Familienstämmen	125
2. Der Minderheitenschutz als Grenze des Mehrheitsprinzips	127

a)	Der Minderheitenschutz durch die Generalklauseln des Vertragsrechts	127
b)	Der Minderheitenschutz durch den Bestimmtheitsgrundsatz	128
ba)	Inhalt und Bedeutung	128
bb)	Die Unterscheidung in gewöhnliche und ungewöhnliche Vertragsänderungen	130
bc)	Die kautelarjuristische Praxis	131
bd)	Ergebnis	134
bda)	Kritik an der Mehrheitsklausel im Vertragsmuster bei <i>Langenfeld</i>	134
bdb)	Notwendigkeit einer Generalklausel für den Mehrheitsentscheid bei ungewöhnlichen Vertragsänderungen	136
c)	Die Kritik am Bestimmtheitsgrundsatz – Darstellung und Stellungnahme	137
ca)	Der Bestimmtheitsgrundsatz beschränkt die mehrheitliche Beschlussfassung	138
cb)	Der Bestimmtheitsgrundsatz schützt die Minderheit nur unzureichend	139
d)	Der Minderheitenschutz durch die Kernbereichslehre	139
da)	Inhalt und Bedeutung	139
db)	Die Schwachpunkte der Kernbereichslehre	142
dba)	Der ungeklärte Begriff des Kernbereichs von Mitgliedschaftsrechten	142
dbb)	Zu hohe Anforderungen an die Ausgestaltung der Mehrheitsklauseln	143
3.	Stellungnahme und Ergebnis	144

C. Das Stimmrecht	145
I. Das Stimmrecht als mitgliedschaftliches Grundrecht	145
II. Die Berechnung der Stimmenmehrheit	146
1. Die Abstimmung nach der Anzahl der Gesellschafter	146
2. Die Abstimmung nach Kapitalanteilen	148
a) Die Gestaltung der Abstimmung in den Vertragsmustern	148
b) Die Festschreibung der Kapitalkonten	149
D. Die Gruppenvertretung	152
I. Die Grundlagen	152
1. Die Praktische Bedeutung	152
2. Der zersplitterte Anteilsbesitz	153
a) Die Nachfolge in den Gesellschaftsanteil	153
b) Die einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	154
c) Die qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	156
II. Die Vertreterklausel	160
1. Die einheitliche Rechtsausübung	162
a) Die Zulässigkeit der einheitlichen Rechtsausübung	162
aa) Die Auffassung des <i>Bundesgerichtshofs</i>	162
aaa) Die einheitliche Rechtsausübung als praktisches Bedürfnis	162
aab) Stellungnahme	163
ab) Die Auffassung von <i>Weipert</i>	164

aba)	Die Regelungskompetenz der Gesellschafter- gesamtheit	164
abb)	Stellungnahme	165
ac)	Die Begründung der Zulässigkeit der einheitlichen Rechts- ausübung aufgrund der Verpflichtung der Gruppen- gesellschafter zur Bestellung eines gemeinsamen Vertreters	166
aca)	Die Bestellung des gemeinsamen Vertreters nach dem Einstimmigkeitsprinzip	166
acb)	Die Bestellung des gemeinsamen Vertreters auf- grund eines gesetzlichen Mehrheitsprinzips	168
b)	Folgerungen und Ergebnis	169
2.	Die Grenzen der Vertreterklausel	171
a)	Der Minderheitenschutz bei der Vertreterklausel	172
aa)	Grundsätzliches	172
ab)	Die Vorgehensweise bei der Ermittlung des Minder- heitenschutzes	173
b)	Der Minderheitenschutz bei der <i>Ausübung von Gesell- schafterrechten</i>	174
ba)	Die unterschiedlichen Beschränkungen durch die Vertreterklausel bei der Ausübung von Gesell- schafterrechten	174
bb)	Die Beschränkungen bei der Ausübung von Gesellschafterrechten des zwingenden Kernbereichs	176
bba)	Grundsätzliches	176
bbb)	Notwendigkeit einer Definition des zwingenden Kernbereichs	177
(1)	Definition des zwingenden Kernbereichs im <i>Schrifttum</i>	177

(2) Eigener Definitionsvorschlag	178
bbc) Folgerungen	179
(1) Zulässigkeit von Beschränkungen durch die Vertreterklausel bei der Ausübung von Gesell- schafterrechten des zwingenden Kernbereichs	179
(2) Sonderfall: Das Recht zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung	180
(3) Sonderfall: Das Rede- und Antragsrecht in der Gesellschafterversammlung	181
bbd) Ergebnis	183
(1) Formulierungsvorschlag	183
(2) Praktische Notwendigkeit für die Beschränk- ungen bei der Ausübung von Gesellschafter- rechten des zwingenden Kernbereichs	184
bc) Die Beschränkungen bei der Ausübung von Gesellschafter- rechten außerhalb des zwingenden Kernbereichs	187
bca) Zulässigkeit von Beschränkungen bei der Ausübung von Gesellschafterrechten außerhalb des zwingenden Kernbereichs	188
bcb) Formulierungsvorschlag und Ergebnis	190
c) Der Minderheitenschutz bei der <i>Beschlussfassung in Angelegen- heiten der Gesellschaft</i>	192
ca) Grundsätzliches	192
cb) Kritik an der Begründung des Minderheitenschutzes durch die sog. Kernbereichslehre	193
cc) Zulässigkeit der einheitlichen Rechtsausübung auch bei der Beschlussfassung in Angelegenheiten der Gesellschaft	194
cca) Die Weisungsgebundenheit des Gruppenvertreters	194

ccb)	Zusätzliche Anforderungen an den Minderheitenschutz	195
cd)	Formulierungsvorschlag	196
III.	Die Gruppenvertretung – Zusammenfassung	197
1.	Die Ergebnisse	197
2.	Sonderfall: Die einheitliche Abstimmung im Familienstamm	199
Fünftes Kapitel:	Die Erhaltung der Stammesparität	201
A.	Das Prüfungsschema	201
B.	Aufteilung der Gesellschafter auf Familienstämme im Gesellschaftsvertrag	202
I.	Grundsätzliches	202
II.	Der Wechsel der Inhaberschaft am Gesellschaftsanteil als Gefahr für die Erhaltung der Stammesparität	204
1.	Die rechtsgeschäftliche Verfügung über den Gesellschaftsanteil	205
2.	Das Ausscheiden aus der Gesellschaft	209
a)	Das Ausscheiden aus der Gesellschaft ohne Rechtsnachfolger	209
b)	Die Sicherung der Stammesnachfolge bei Ableben eines Gesellschafters	210
ba)	Die qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	211
bb)	Die rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	213
bc)	Die rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel	214
bca)	Rechtlicher Hintergrund	214
bcb)	Das Bestimmungsrecht des Gesellschafters	215
bcc)	Das Bestimmungsrecht des Familienstamms und Schutzgemeinschaftsvertrag	216

bd) Modifizierung des Anwachsungsprinzips im Gesellschaftsvertrag	219
Sechstes Kapitel: Schlussbetrachtung	222
Abkürzungsverzeichnis	225
Literaturverzeichnis	227